## INFORMATIONEN FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner Andreas Nordlohne E-Mail nordlohne@kassel.ihk.de

Telefon 0561 7891-268 Datum

2014-10-07

## Kommunen werden aufgefordert, diese Bagatellsteuer zurückzunehmen IHK-Vollversammlung spricht sich gegen Pferdesteuer aus

Das Parlament der regionalen Wirtschaft, die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg, betrachtet das Instrument der Pferdesteuer aufgrund der wirtschaftlichen Schäden für die betroffenen Betriebe und im Hinblick auf deren geringen Ertrag als ungeeignetes Mittel, um die schwierige Finanzsituation der Kommunen zu verbessern. Einen entsprechenden Beschluss fasste das oberste Organ der IHK in der Sitzung heute Abend. Statt durch die Erhebung von sogenannten Bagatellsteuern sollten die Kommunen ihrer sicherlich schwierigen Finanzsituation durch Einsparungen auf der Ausgabenseite begegnen, beispielsweise durch eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit. Die Einführung einer Steuer, deren Aufkommen in einem offensichtlichen Missverhältnis zum Gesamtsteueraufkommen und zu dem erheblichen Verwaltungsaufwand steht, könne kaum einen wirksamen Schritt zur Sanierung eines defizitären Haushalts darstellen.

Die ehrenamtlich in der Vollversammlung engagierten Unternehmer sprechen sich daher gegen die Einführung einer Pferdesteuer aus und fordern die Kommunen Bad Sooden-Allendorf, Weißenborn (beide Werra-Meißner) und Kirchheim (Hersfeld-Rotenburg) auf, die Pferdesteuer zurückzunehmen. Die Stadt Waldkappel (Werra-Meißner) diskutiert die Einführung am 10. Oktober in der Stadtverordnetenversammlung.

Das Vollversammlungsmitglied Burkhard Kramer (Geschäftsführer der ITK Ingenieurgesellschaft für Technik-Kommunikation GmbH, Fritzlar) hatte beantragt, das Thema zu behandeln. In der Sitzung beleuchtete der Steuerberater Dr. Wolfgang Kubens von der LBH-Steuerberatungsgesellschaft mbH in Friedrichsdorf die wirtschaftliche Bedeutung der Pferdehaltung und die Auswirkungen eines Rückgangs der Pferdehaltung auf den gesamten Sektor.

Der Hintergrund: Als erste deutsche Kommune hat Bad Sooden-Allendorf zum 1. Januar 2013 eine Pferdesteuer eingeführt. Mitte 2013 folgte die Gemeinde Kirchheim, zum 1. Januar 2014 Weißenborn und Schlangenbad (Rheingau-Taunus-Kreis). Angeregt wurde diese Abgabe vom Städte- und Gemeindebund mit einem Betrag von bis zu 750 Euro pro Pferd und Jahr. Bei der Pferdesteuer handelt es sich um eine örtliche Aufwandssteuer. Auf diesem Gebiet haben die Kommunen innerhalb der gesetzlichen Grenzen ein Steuerfindungsrecht. Die Kritik: Sie dient lediglich der Einnahmeerzielung.

Gegen die von der Gemeinde Bad Sooden-Allendorf beschlossene Satzung wurde im September 2013 Klage am Hessischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht. Bis zur Entscheidung über die Klage wurden in Bad Sooden-Allendorf, Weißenborn und in Schlangenbad der Vollzug der Satzung ausgesetzt. Weitere Kommunen wollen vor der Einführung der Pferdesteuer die Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs abwarten. Diese wird nicht vor Ende 2014 ergehen.

Falls der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Einführung der Pferdesteuer rechtlich erlaubt, ist damit zu rechnen, dass eine große Anzahl von Städten und Gemeinden die Einführung einer Pferdesteuer erneut auf die Tagesordnung bringt. Diese Entwicklung dürfte zu einer deutlichen Reduzierung der Pferdehaltung mit entsprechenden negativen Auswirkungen nicht nur auf die in diesem Sektor tätigen Unternehmen sondern auch auf Handel und Gewerbe führen.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg übernimmt als Körperschaft des öffentlichen Rechts hoheitliche Aufgaben, unter anderem in der Aus- und Weiterbildung sowie beim Erstellen von Exportdokumenten. Ferner ist die IHK Dienstleister für Unternehmen, indem sie zum Beispiel kostenlos Rechtsauskünfte erteilt sowie kostenlos Jungunternehmer in spe rund um die Existenzgründung berät. Die IHK steht allen Unternehmen – klein oder groß – in jeder Phase ihrer Existenz mit Rat und Tat zur Seite, von der Gründung über die Turnaround-Beratung bis zur Nachfolge. Außerdem vertritt sie das Gesamtinteresse der regionalen Wirtschaft gegenüber der Politik.